

Kriegsgegner unerwünscht

von Walter Keller und Michael Mertsch

Ein brisantes Thema hat Regierung, Medien, buddhistisch-klerikale und nationalistische Gruppierungen in Sri Lanka während der letzten Wochen umgetrieben. Es ging um die Frage, wieviel lokale und internationale Nichtregierungsorganisationen, kurz NROs, das Land vertragen und vor allem: ob man die angeblich "unpatriotischen" Gruppierungen in ihrem politischen Wirken einschränken, ja gar mundtot machen müsse. Die Diskussion ist indes nicht neu: schon vor einigen Jahren versuchte der ehemalige Präsident Ranasingha Premadasa mit der Einberufung einer staatlichen Untersuchungskommission, den regierungsunabhängig arbeitenden Institutionen stärker auf die Finger zu schauen und ihre Arbeit einzuschränken. Mit seiner Ermordung im Mai 1993 verschwanden solche Pläne - vorerst.

Hintergrund der neuesten Debatte ist die dramatische Zuspitzung des seit Anfang der 80er Jahre tobenden Bürgerkrieges. Von Spätherbst bis Dezember führte die Regierung in Colombo die bisher ehrgeizigste Militäroperation in der Geschichte des knapp 20 Millionen Menschen zählenden asiatischen Inselstaates durch. An ihr hatten sich mehrere zehntausend Soldaten, Angehörige der sinhalesischen Mehrheitsbevölkerung, beteiligt, um weite Teile der im Norden der Insel gelegenen Jaffna-Halbinsel zurückzuerobern. Fünf Jahre hatten dort die 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE), die seit langem für einen eigenen Tamilenstaat im Norden und Osten kämpfen, eine Parallelregierung mit Polizeitruppe, Gerichten und Steuereintreibern unterhalten.

Indes erfuhr niemand genau, was während des Ansturms der Truppen auf die Tamilenhochburg tatsächlich passierte. Die Regierung, die mehrfach mitgeteilt hatte, der Krieg richte sich nur gegen die LTTE und nicht gegen die tamilische Zivilbevölkerung, verfügte eine Pressezensur, weder srilankische noch ausländische Journalisten konnten in die umkämpften Gebiete reisen. Während besonders die sinhalesisch-nationalistischen Medien die Kriegstromein schlugen, bezogen sich liberale und regierungsunabhängige Blätter bei ihrem Versuch der Annäherung an die Wahrheit oft auf Informationen internationaler Nichtregierungsorganisationen, die in den umkämpften Gebieten arbeiten oder auf

das, was von nationalen Menschenrechtsgruppen verbreitet wurde. Vieles aus deren Munde klang dann nicht mehr so euphorisch wie in den Verlautbarungen von Regierung und Militärs. So hatte die französische 'Medicines sans Frontieres', deren Ärzte den Betrieb an Krankenhäusern im Norden aufrecht erhalten, über die Bombardierung ziviler Gebiete durch die srilankische Luftwaffe berichtet. Dies wurde auch von den lokalen Menschenrechtsgruppen 'University Teachers for Human Rights' (UTHR) oder dem 'Movement for Interracial Justice and Equality' (MIRJE) bestätigt, die zusätzlich das Schicksal von mehreren hunderttausend Tamilen erwähnten, die auf der Flucht vor den herannahenden Soldaten seien. Die Aktivitäten der Menschenrechtsorganisationen kulminierten in ihrer Forderung nach Einstellung der Kampfhandlungen und der unverzüglichen Versorgung der Flüchtlinge mit Lebensmitteln und Medikamenten.

Dies war jedoch sowohl den sinhalesisch-nationalistischen Medien und Organisationen als auch der Regierung zu viel der Einmischung. Der humanitäre Einspruch der NROs wurde von den Nationalisten, die kaum noch daran geglaubt hatten, das Gebiet der Halbinsel Jaffna könne jemals wieder zurückerobert und de facto dem srilankischen - sprich sinhalesischen - Hohheitsgebiet einverleibt werden, als gezielte Kampagne gegen die Regierungspolitik und die "heldenhaften Soldaten" und als Teilnahme für die 'Liberation Tigers' ausgelegt, die kurz vor ihrer entscheidenden Niederlage stünden. Die NROs würden ihre Stimme im Namen der LTTE erheben und mit ihr zusammenarbeiten, hieß es. "Man sollte sehr genau darauf achten, wer die Pläne zur Niederschlagung der LTTE behindert ... Es sind die NROs, die Teil dieser Verschwörung sind", schrieb die sinhalesische Zeitung 'Divayina'. Grundtenor der Attacken gegen die vermeintlich "unpatriotischen" einheimischen Menschenrechtsorganisationen sind jedoch die Vorwürfe, sie arbeiteten mit ihren ausländischen Geldgebern - meist internationale Hilfswerke wie z.B. 'Brot für die Welt' in Deutschland, und ausländischen Regierungen gemeinsam an der Zerstörung der sinhalesisch-buddhistischen Kultur. Diesen ausländischen "Mächten" sei daran

gelegten, das Land durch Teilung politisch zu destabilisieren.

Neben solcher Kritik geriet auch das (zufällig) zeitgleich mit den militärischen Offensiven geplante erste Zusammentreffen nationaler NROs mit ihren ausländischen Unterstützerorganisationen auf srilankischem Boden unter starken Beschuß der sinhalesischen Nationalisten. Ziel der Konferenz, an der, neben einigen ausländischen Vertretern von Hilfswerken, über 60 Mitarbeiter lokaler NROs teilnehmen wollten, war die Koordination der Arbeit für die nächsten Jahre. In einem Brief verurteilten siebzehn buddhistische Organisationen das Treffen als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes. "Wir protestieren aufs Schärfste gegen diese Zusammenkunft und fordern die Regierung auf, sie zu verbieten. Wir spüren, daß die Sicherheit des Landes auf dem Spiel steht ... alle gesetzlich möglichen Maßnahmen sollten ergriffen und geplante Gesetzesänderungen zur Kontrolle von NROs sofort durchgesetzt werden". Die Regierung verbot das Treffen nicht, trotzdem fand es nicht statt: Ein sinhalesischer Mob sorgte durch Demonstrationen gegen die Konferenz und gewalttätige Attacken auf srilankische und ausländische Teilnehmer - darunter auch die beiden Autoren dieses Beitrags - dafür, daß die Organisatoren die Zusammenkunft aus Sicherheitsgründen absagen mußten.

Zu den Attacken aus dem sinhalesisch-nationalistischen Lager kommt nun der abermalige Versuch der Regierung, die Arbeitsmöglichkeiten von NROs, besonders solcher, die sich als politische Organisationen verstehen, durch ein neues Gesetz einzuschränken. Dies wollen die NROs verhindern, da sie befürchten, daß dann der Regierung alle Wege offenstünden, ihre Arbeit zu kontrollieren, Dokumente einzusehen und an ihren Versammlungen teilzunehmen. Das 'Civil Rights Movement', eine der respektierten Aktionsgruppen im Land, warnte kürzlich die Regierung in einer Stellungnahme vor dem erneuten Versuch, den NROs einen Maulkorb zu verpassen. Und der Kolumnist Jehan Perera fragt in einer Tageszeitung: "Heute sind es die Nichtregierungsorganisationen und morgen?"